

"Wir müssen den Leuten endlich das marktwirtschaftliche Denken in die Köpfe pflanzen!": über Universitätsreform und prekäre Intellektuelle in Österreich

Horak, Roman

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Horak, R. (2006). "Wir müssen den Leuten endlich das marktwirtschaftliche Denken in die Köpfe pflanzen!": über Universitätsreform und prekäre Intellektuelle in Österreich. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 4283-4291). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-142158>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

»Wir müssen den Leuten endlich das marktwirtschaftliche Denken in die Köpfe pflanzen!«

Über Universitätsreform und prekäre Intellektuelle in Österreich

Roman Horak

Als knapp vor Weihnachten 2003 die Satzungen¹, die mit Jahresbeginn 2004 die neue Struktur der Universität Wien festschreiben sollten, zurückgenommen wurden und eine – vorläufige – Verlängerung der Gültigkeit der alten Strukturen beschlossen wurde, machte dies ein weiteres Mal die Folgen der etwas abstrusen Mischung von neoliberalen Impetus, planerischer Inkompetenz und konservativer Strategie, die die rechtskonservative österreichische Regierung seit ihrem Amtsantritt im Februar 2000 immer wieder zur Schau gestellt hat, deutlich. Es ist hier nicht der Ort, eine Liste der davon geprägten diversen Initiativen dieser Regierung zu präsentieren. Festgehalten werden muss allerdings, dass sie in ihrer Gesamtheit einen tiefen Einschnitt in die politische Kultur und das politische System Österreichs bedeuteten, und dass dies durchaus intentional geschah, wie schon die Rhetorik von der »Wende«, die immer wieder bemüht wird, zeigt.

In diesem kurzen Text soll es nicht zuletzt um die Veränderungen der Situation der für das intellektuelle und akademische Leben Österreichs charakteristischen und besonderen Spezies der »freien Forscher« gehen. Deren Lebenslagen und Berufsperspektiven stellten sich nie allzu rosig dar, sie haben sich jedoch in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Dies hat im Allgemeinen mit der Wissenschaftspolitik der Regierung, im Besonderen aber auch mit ihrer Universitätspolitik zu tun, weil zum Beispiel viele der »freien Forscher« als Lektoren an den Universitäten ein – minimales – Grundeinkommen verdienten, das nun zu verschwinden droht, weil den Universitäten die Mittel fehlen, Lektoren überhaupt weiter zu beschäftigen.

Ich werde daher im folgenden Abschnitt, gedacht gleichsam als eine Art Einstimmung ins eigentliche Thema, die neue Gesetzgebung kurz skizzieren und kommentieren.

¹ An der Universität Wien sind statt der bisher sieben Fakultäten (ohne Medizin) und vier überfakultären Instituten künftig 18 Fakultäten ohne vorgegebene Institutsgliederung geplant. Das heißt, viele Institute werden aufgelöst. Statt derzeit drei Ebenen (Rektor, Fakultäten, Institute) sollten künftig mit Rektorat und Fakultäten nur mehr zwei existieren. »Flache Hierarchien« ist das Schlagwort, de facto bedeutet die Änderung eine Machtverschiebung von unten nach oben.

Die schon oben erwähnte Neustrukturierung der Universitäten stellt einen weiteren Schritt der Implementierung des am 11. Juli 2002 mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ beschlossenen und am 1. Oktober 2002 in Kraft getretenen Universitätsgesetzes (UG 02) dar, das die Ausgliederung der österreichischen Universitäten aus der Bundesverwaltung und ihre Umwandlung zu juristischen Personen des öffentlichen Rechts vorsieht (*Stichworte: »Autonomie«, »Vollrechtsfähigkeit«*). Die Universitäten erhalten dreijährige Globalbudgets mit einer leistungsabhängigen Komponente, schließen mit dem so genannten »Bildungsministerium« Leistungsvereinbarungen ab und werden Arbeitgeber ihres Personals. Die Universitätsleitung besteht künftig aus dem neu geschaffenen Universitätsrat, dem Rektor und dem Senat. Während der Senat in seinen gestaltenden Möglichkeiten beschränkt ist, verkörpern der Universitätsrat und der Rektor die Machtzentren der neuen Universität. Ersterer fungiert als oberstes Kontrollorgan an jeder Universität, das unter anderem den Rektor wählt und die Entwicklungspläne der Universität genehmigt. Die Universitätsräte bestehen aus jeweils fünf Mitgliedern, drei davon werden von der Universität selbst, zwei vom zuständigen Ministerium ernannt. Mitglieder des Universitätsrates sollen laut Gesetz Personen werden, »die aufgrund ihrer hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Universität leisten können« (§ 19, Abs. 4). Politiker und Angehörige der jeweils betroffenen Universität dürfen keine Mitglieder sein. Die Bestellung von Personen mit deutsch-nationalem Hintergrund hat im vergangenen Jahr einige mediale Erregung hervorgerufen, aber vor allem eines gezeigt, nämlich die gezielte Installierung von konservativen Personen in Schlüsselpositionen durch die Regierung.

Das Universitätsgesetz 2002 sieht im Vergleich zur bisherigen Gesetzeslage auch eine wesentliche Aufwertung des Rektors vor, das gesamte operative Geschäft liegt künftig bei ihm und seinen Stellvertretern, die damit eine ähnliche Funktion haben werden wie die Vorstände eines Unternehmens.

Eine solche Struktur kommt nicht zufällig daher, genauso wenig, wie die stetig wiederholte Rede von Reform, Vollrechtsfähigkeit und Autonomie oder gar »Weltklasse-Uni«² verhüllen kann, dass es um etwas anderes geht. Keiner hat es so schön auf den Punkt gebracht wie Claus Raidl, Vorstandsmitglied des Konzerns Böhler-Uddeholm und seit kurzem auch Vorsitzender des Fachhochschulrates, als er den

2 Der Terminus »Weltklasse-Uni« stammt von der Regierung, die damit in der ihr eigenen Präention das Ziel ihrer Hochschulpolitik zu formulieren meint. Schlecht beheizte Hörsäle, sinkende Budgets für Publikationen, Ausstellungen etc., etc. an der Universität, an der ich unterrichte, sprechen eine andere Sprache. Für all jene, die gerne billige Unterhaltung genießen: <http://www.weltklasse-uni.at>. Sie müssten allerdings – wenigstens rudimentär – der deutschen Sprache mächtig sein. Eine englische Fassung hat man sich nicht zugetraut – vide Weltklasse!

Zweck der so genannten Reform wie folgt formulierte: »Wir müssen den Leuten endlich das marktwirtschaftliche Denken in die Köpfe pflanzen.«³

Es ist dies durchaus ein Standpunkt, der eine europäische Entwicklung illustriert. Allerorten erfahren die Universitäten seit längerer Zeit Umgestaltungen, die übrigens nicht zuletzt die Sozial- und Kulturwissenschaften bedrohen.⁴ Auch in Österreich existieren Pläne zur Privatisierung der Universitäten, zu ihrer Umwandlung in betriebsähnliche Institutionen seit über einem Jahrzehnt. Bereits unter der damaligen sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung präsentierte der christlich-konservative Wissenschaftsminister Anfang der neunziger Jahre die ersten Entwürfe für eine »Universitätsreform«. Damals mussten aufgrund massiven Widerstands von Seiten sämtlicher universitärer Interessenvertretungen weite Teile des »Reform«-Programms zurückgenommen werden. Auch die Vorschläge zur Vollrechtsfähigkeit, die 1999 vorgebracht wurden, stießen inner- und außerhalb der Universitäten auf wenig Zustimmung. Als Anfang 2000 ein inhaltlich ähnliches Papier von Rektorenkonferenz und Bildungsministerium präsentiert wurde, hatten sich allerdings die Rahmenbedingungen verändert. Teile der Universität (vor allem die Rektoren der größeren Universitäten) schwenkten auf die seit zehn Jahren propagierte Linie des Ministeriums ein und dokumentierten damit zugleich eine hegemonale Verschiebung. Der dominant gewordene Diskurs von der »Marktlogik« hatte nun auch die Rede über die Universitäten ergriffen, die »standortgerechte Dienstleistungsuniversität« war zum vorherrschenden Leitbild in der öffentlichen Debatte geworden.

Politisch geht es um ein Zurückdrängen der demokratischen Errungenschaften der Universitätsreform von 1975, die – den Aufbruchgeist der siebziger Jahre⁵ verkörpernd – eine Mitbestimmung der Studenten und des so genannten Mittelbaus (Assistenten, Dozenten) in diversen hochschulrelevanten Fragen (Studienpläne,

3 Zit. nach der Website der unabhängigen gesamtösterreichischen Studentenvertretung, 12.12.2003, <http://oeh.ac.at/oeh/oeh>. Ähnlich äußerten sich unter anderem auch der Präsident der Industriellenvereinigung, der Vorstandsvorsitzende der Cybertron Telekom AG und der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (vgl. IV-Newsroom, Aussendung vom 13.12.2001, http://www.iv-net.at/static/info/service/zkuni_pdi.pdf, Zugriff am 15.12.2003) und ein Arbeitskreis »engagierter Unternehmer« in einem Brief vom 30. November 2001 an den zuständigen Ministerialbeamten, 10.11.2003, <http://www.weltklasse-uni.at/upload/attachments/228.pdf>.

4 Wo die neuen Prioritäten liegen, zeigt die Budgetzuteilung für das Jahr 2004: Während z.B. die Wirtschaftsuniversität Wien im Vergleich zum Vorjahr nun über 16 Prozent mehr Mittel verfügt, muss die University of Applied Arts mit einem realen Minus von 8–10 Prozent zurecht kommen.

5 Der Rektor der Universität Wien hat – so nebenbei, aber kaum zufällig – die Bemerkung fallen gelassen, dass es nun darum ginge, die Institute vom »Geiste von '75« zu befreien, vgl. König 2003. Bereits 2001 hatte die Regierung die in den Siebzigern aus sozialpolitischen Gründen erfolgte – es ging um die Erleichterung des Zugangs zu den Universitäten für bisher unterrepräsentierte Teile der Bevölkerung – Abschaffung der Studiengebühren rückgängig gemacht. Seit dem Wintersemester 2001/02 ist der Besuch einer Universität in Österreich nicht mehr unentgeltlich.

Habilitationen und Berufungen von Professoren) und damit eine Beschneidung der Allmacht der Ordinarien bewirkt hatte. Das neue Gesetz hat nun die diesbezüglichen Institutionen aufgelöst, Mitbestimmung gibt es de facto nicht mehr.

An den Universitäten – vor allem auch unter den Studenten – scheint sich ein allgemeines Gefühl von Müdigkeit und Mutlosigkeit breit gemacht zu haben. Natürlich gab es Stimmen unterschiedlicher Heftigkeit gegen die Reform (vgl. Pellert 2003; Preglau 2003), aber das (neo-)konservative Gebräu, bestehend aus Effizienzdiskursen, Verweisen auf »New Public Management« (ein neues Zauberwort!) und Wissensnetzwerken sowie einer etwas altbackenen Rhetorik vom Kulturauftrag der Universitäten, hat wohl die Oberhand gewonnen.

Kritische außeruniversitäre Forschung

Zu den Besonderheiten der österreichischen akademischen Welt gehört seit den späten siebziger und frühen achtziger Jahren eine wachsende Zahl von jungen Forschern in den Sozial- und Geisteswissenschaften, die, ohne an den Universitäten angestellt zu sein, wissenschaftlich als *free lancer* zu arbeiten versuchen. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und sie hängen auf paradoxe Weise mit der Reformierung der Universitäten im »sozialdemokratischen Jahrzehnt« der Siebziger zusammen. Die Öffnung der Universitäten und die so genannte Hochschulexpansion jener Jahre brachte zwar eine deutliche Steigerung des Personalstandes der Hochschulen, aber nur in geringem Maße eine Zunahme kritischen und innovativen Potentials (Mitterauer 1999: 17ff.). Dies hatte meines Erachtens im Wesentlichen mit zwei Faktoren zu schaffen: Erstens mit der Vernichtung und Vertreibung zahlreicher Wissenschaftler im Faschismus. Die ohnehin bestehende Dominanz konservativer (und meist eher mediokrer) Universitätslehrer blieb auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen. Die österreichische jüdische Intelligenz, die den Holocaust überlebt hatte, wurde nicht zurückgeholt; viele, die das Land verlassen mussten, hatten verständlicher Weise auch kein allzu großes Interesse daran, nach Österreich zurückzukehren. Zweitens: die schon erwähnte christlich-konservativ geprägte Professorenschaft behielt – im Großen und Ganzen – auch in den Reformjahren das Heft in der Hand. Die kritische junge Intelligenz, die in der Bundesrepublik Deutschland im Gefolge der Studentenrevolte der späten sechziger Jahre wichtige Professorenstellen besetzen konnte, war hierzulande zahlenmäßig zu gering und zu schwach⁶, um in den Hochschulen einen entsprechenden verändernden

⁶ Anders als in den meisten anderen Ländern Westeuropas ist in Österreich »1968« viel eher mit künstlerischer, denn mit politischer Revolte verbunden.

Einfluss geltend machen zu können. Personalrekrutierung erfolgte weiterhin nach einem quasi-feudalen Prinzip.

»Assistentenstellen wurden traditionell nach dem Muster der Vergabe eines *Lebens* besetzt. Die Fürsten, die hier über Karriereverläufe und Lebenschancen entschieden, hatten ein nahe liegendes Motiv, keine Nachwuchskräfte zu rekrutieren, von denen sie in den Schatten gestellt hätten werden können. So entstand ein Bias zugunsten des braven Mittelmaßes.« (Zilian 2003)

Es ist dessenthalben nicht überraschend, dass die Unzufriedenheit mit den Universitäten sowohl hinsichtlich ihrer Problemlösungskompetenz als auch hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung in den siebziger Jahren dazu führte, dass die außer-universitäre Forschung, hier vor allem Großinstitute⁷ gefördert wurden, die sich aus heutiger Sicht nur dadurch unterscheiden, dass sie keine akademische Lehre anbieten. Das ist zwar etwas ungenau, denn einige dieser Einrichtungen bieten post-graduale Studiengänge an, verweist uns aber darauf, was in den achtziger Jahren entstand. Zu Beginn besagten Jahrzehnts hatten viele Angehörige der post-Achtundsechziger Generation ihr Studium abgeschlossen. Jene unter ihnen, für die we-

⁷ Zwei dieser Institute sollen hier kurz vorgestellt werden. Zum einen das Institut für Höhere Studien (IHS) bzw. Institute for Advanced Studies. Auf der Homepage heißt es: »IHS is a private non-profit organization. It was founded by two prominent Austrians living in exile, the sociologist Paul F. Lazarsfeld and the economist Oskar Morgenstern, with the financial help of the Ford Foundation, the Austrian Federal Ministry of Education, and the City of Vienna. From its very beginning, the IHS was operating on the principle that scientific enterprise, scientific co-operation and scientific problem solutions offer a platform for critical discussions, a possibility for consensus formation, and an open and interdisciplinary place for scientific research and critical scientific expertise.« (IHS-Homepage, 10.12.2003, <http://www.ihs.ac.at>). Das IHS wurde 1963 nach einigen Anlaufschwierigkeiten gegründet. Es gab Widerstände von Seiten der Universität (v.a. der rechts-wissenschaftlichen Fakultät) und der christlich-konservativen Partei (ÖVP), die eine »sozialistische Enklave« im konservativen Universitätssystem befürchteten und wohl auch anti-semitische und antiamerikanische Ressentiments. Das Problem wurde dahingehend gelöst, dass alle wichtigen Funktionen mit Vertretern beider großer Parteien, der sozialdemokratischen SPÖ und der konservativen ÖVP besetzt wurden. Paul F. Lazarsfeld ursprünglicher Plan, an den Universitäten damals nicht gelehrt Disziplinen wie Sozialpsychologie, empirische Politikforschung und industrial relations zu praktizieren, wurde fallen gelassen und die Dominanz der Wirtschaftswissenschaften hat sich bis heute erhalten. Vgl. Fleck 2000: 129ff. sowie Kramer 2002: 110ff.

Das zweite Institut, das »European Centre for Social Welfare Policy and Research«, wurde 1974 aufgrund einer Vereinbarung zwischen der UN und der österreichischen Bundesregierung gegründet und skizziert sich selbst so: »The European Centre is a UN-affiliated intergovernmental organization concerned with all aspects of social welfare policy and research. Core Functions: an international centre of applied social science and comparative empirical research on social policy and welfare; an information and knowledge centre providing social science-supported social policy intelligence through a think-net; a platform initiating future-oriented public policy debates on social welfare issues within the UN-European Region. It is characterized by: interdisciplinarity, empirical foundation, policy orientation, cross-national scope, partnership network organization, search for good practices, and focus on inter-sectoral questions.« (European Centre-Homepage, 12.12.2003, <http://www.euro.centre.org>).

der die Universitäten noch die eher anwendungsorientierten außeruniversitären Großinstitute Perspektiven boten (wenn sie überhaupt die Chance hatten, dort eine Anstellung zu finden), suchten nun als Einzelforscher oder in kleinen Gruppen nach »Nischen« (Marschik), in denen sie methodisch und inhaltlich ohne direkte Kontrolle arbeiten konnten. Es standen in jenen Jahren auch für sie, wenn auch ziemlich beschränkte, Forschungsgelder zur Verfügung. Der Wille Neues zu versuchen und der Optimismus waren jedenfalls groß.

Mitte der neunziger Jahre hatte sich die Situation generell verändert. Die Zahl der freiberuflichen Sozial- und Humanwissenschaftler war drastisch gestiegen, ohne dass die für freie Forschung verfügbaren Mittel entsprechend zugenommen hätten. Mehr und mehr Kollegen versuchten über kurzfristige Lehraufträge an den entsprechenden Universitätsinstituten einerseits eine Art Grundgehalt zu verdienen und andererseits auch einen Zugang zu einer dauerhaften Universitätsanstellung zu finden.

»Thus by the mid-1990s a competitive academic market for educational products was firmly in place, created by the Austrian government (which effectively exercised control over the university system) through the underfunding/understaffing of the universities and the concomitant build-up of a parallel structure of funding research for external lecturers with a tenuous relationship to the universities. In 1994/95, external lecturers taught more than half of humanities courses at the University of Vienna, but their contract situation continued to be characterized by the ambivalent and hazardous conditions of private, part-time employment (often dependent on personal relationships, the scarcity and perceived desirability of the product/course offered and such unfathomable features as personal reputation and the quality of academic work as well as the complete absence of transparent, or indeed any, structures of research or teaching evaluations.« (Reisenleitner 2002: 896f.)

Um die Interessen der betroffenen Personen zu vertreten, wurden von den freien Forschern zwei Organisationen ins Leben gerufen. Die eine – eher sozialwissenschaftlich orientiert – war das »Forum Sozialforschung« und wurde 1992 gegründet. Mittlerweile scheint es seine Aktivitäten eingestellt zu haben – seine Homepage ist nicht mehr zu finden. Die zweite Initiative, die »Interessengemeinschaft externer LektorInnen und freier WissenschaftlerInnen«, eher eine Vertretung geisteswissenschaftlicher Forscher und Lektoren, entstand 1996 und existiert noch.

Prekäre Intellektuelle

Mit der Installierung der rechts-konservativen Regierung im Februar 2000 hat sich die Lage der freien Forscher noch einmal dramatisch verschlechtert. Es wird nun immer schwieriger Lehraufträge zu erhalten, wir haben die »Reform« des Universi-

tätssystemen ja einleitend skizziert, und auch die Quellen für autonome sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung (die ja wesentlich staatlich kontrollierte sind) versiegen mehr und mehr. Konnten im Rahmen des von 1998 bis Anfang 2003 laufenden Forschungsschwerpunktes Kulturwissenschaften/Cultural Studies des Ministeriums für Wissenschaft (insgesamt gab es über 50 Forschungsprojekte mit ca. 150 beteiligten Wissenschaftlern) noch zahlreiche freie Forscher Beschäftigung finden, so gibt es, nicht zuletzt für all jene, die an diesen Projekten meist jahrelang gearbeitet haben, gegenwärtig kaum Perspektiven in der Wissenschaft zu verbleiben.

Es ist dies nicht bloß eine recht offensichtliche Zerstörung von Humankapital, um bei einem zeitgemäßen Begriff zu bleiben, sondern vor allem ein überaus zynischer Umgang mit jungen Menschen – ein Gutteil der Betroffenen ist in den Dreißigern und steht am Anfang einer wissenschaftlichen Laufbahn, die nun abrupt beendet wird.

Lassen wir an dieser Stelle eine ausländische Stimme zu Wort kommen, um dem etwaigen Vorwurf zuvorzukommen, bei dieser Behauptung handle es sich um ein weiteres Beispiel der typisch österreichischen Art, alles zu dramatisieren. Ein im Juli 2000 vom österreichischen Wissenschaftsministerium initiiertes, von der *European Science Foundation* (ESF) organisierter und von einer internationalen Kommission verfasster Bericht über die Förderung österreichischer zeitgeschichtlicher Forschung (zwischen 1990 und 2000) kommt in seinen *concluding remarks* zu folgendem Befund:

»There is (...) a growing subculture of independent, mostly young historians, who, although they certainly produce a considerable share of innovative and research achievements, have no prospect of establishing themselves in institutionally regulated university work. While they are contracted time and again on a subsidiary basis, they have no hope of being integrated into institutionalised research. In terms of scientific and social policy, this lack of perspective is exceptional and disturbing. This group presents itself in public with a mixture of sentimentality and aggression (e.g. at the hearing in Vienna). This is also a sign of a social problem in the scientific community.« (European Science Foundation 2003: 84)

Was hier in der etwas amtlich-trockenen Sprache eines Evaluationsberichts beschrieben wird, betrifft nicht nur die Zeitgeschichte, es betrifft so ziemlich alle Sparten der Sozial- und Humanwissenschaften – und es betrifft vor allem eine wachsende Gruppe, die man den »prekären Intellektuellen« zurechnen kann. Anne und Marine Rambach (2001) beschreiben in ihrem Buch, das in Frankreich für einige Aufregung gesorgt hat, die Mitglieder einer Generation, die nach dem Universitätsabschluss statt der früher üblichen stabilen Karrieren nur die Scheinselbstständigkeit erwartet. Sie umfasst vor allem Vertreter der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen, die im Journalismus, im Kulturbetrieb, bei Film und Fernsehen, in der freien Forschung und in den so genannten »creative industries« tätig sind. Ihr Leben ist vom Auseinanderklaffen zwischen ihrem hohen sozialen Status und ihrer mise-

rablen materiellen Situation gekennzeichnet. Andererseits ist es gerade der Umstand, dass hier ökonomische Deklassierung nicht mit sozialer Ausgrenzung einhergeht, der eine politische Organisation dieser Gruppe durch die Betroffenen so schwierig macht.

Dass unter den »prekären Intellektuellen« in Österreich allerdings nicht bloß eine »mixture of sentimentality and aggression« zu finden ist, was unter den gegebenen Umständen eigentlich verständlich wäre, sondern auch über die eigene Situation hinausgehende politische Überlegungen angestellt werden, beweisen jene Zeilen eines Betroffenen, mit denen wir diesen Text abschließen wollen.

»Politische Strategien können deshalb auch nur dann erfolgversprechend sein, wenn sie sich in neue Bündnisse einreihen, um elementare soziale Rechte neu oder wieder zu erkämpfen. Viele Rechte, die aus Sicht der Prekarisierten Internen zustehen, drohen gerade auch für die Internen verloren zu gehen. Ob es die Sicherung von erträglichen Arbeitsbedingungen oder die betriebliche Mitbestimmung, ob es die Verteidigung und neuerliche Stärkung der Arbeitslosenversicherung oder die Einführung eines Grundeinkommens betrifft: politisch durchsetzbar erscheinen diese Ziele immer nur durch Allianzen zwischen vorgeblich privilegierten Internen und den Prekarisierten an den Rändern. Nichts wäre für die Durchsetzung politischer Ziele hinderlicher, als Gefechte zwischen »Dritten« und »Draußen«, der »Vätergeneration« und den »ErbInnen von 68.« (Hefler 2003)

Literatur

- European Science Foundation, ARCH (Assessing Austrian Research in Contemporary History), *Evaluation Report*, 10 July 2003.
- Fleck, Christian (2000), »Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für Höhere Studien durch Exil-Österreicher und die Ford-Foundation«, *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 11, H. 1, S. 129–178.
- Hefler, Günter (2003), *Wie es uns geht ... Kommentar zu Anne und Marine Rambach – Les intellos pre'caires, Paris 2001*, in: *Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte* 5, 19.12.2003, http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/5es_uns_geht.htm
- Hödl, Erich (2003), »Universitätsreform 2002«, in: Hösele, Herwig/Lopatka, Reinhold/Schnider, Andreas (Hg.), *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2002, Graz (zit. nach: <http://www.bdr.tugraz.at/hoedl/Artikel/univreform.htm> (20.12.2003))
- König, Thomas (2003), »Flache Diskurse – neue Organisationseinheiten«, *Malmö*, Nr. 17, November 2003, S. 6.
- Kramer, Helmut (2002), »Wie Neues doch entstanden ist. Zur Gründung und zu den ersten Jahren des Instituts für Höhere Studien«, *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 13, H. 3, S. 110–132.
- Marschik, Matthias (o.J.), »Über das Leben und Forschen in Nischen«, in: *Forums Sozialforschung* (Hg.), *Positionierung der außeruniversitären Sozialforschung*, Wien.

- Mitterauer, Lukas (1999), »Positionierung des Forums Sozialforschung«, in: Forums Sozialforschung (Hg.), *Positionierung der außeruniversitären Sozialforschung*, Wien.
- Pellert, Ada, »Stell Dir vor, es gibt Hochschulmanagement und keiner will es.«, in: Weltklasse-Uni, <http://www.weltklasse-uni.at/upload/attachments/243.pdf> (19.12.2003).
- Preglau, Max, *Die Universitätsreform – schädlich für Wissenschaft und Gesellschaft*, in: <http://www2.uibk.ac.at/service/c115/aktuelles/unireform/> (19.12.2003).
- Rambach, Anne/Rambach, Marine (2001), *Les intellos pre'caires*, Paris.
- Reisenleitner, Markus (2002), »Institutionalizing Cultural Studies in Austria: A View from Afar«, *Cultural Studies*, Jg. 16, H. 6, S. 896–907.
- Zilian, Hans G., *Zwei Welten: universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft*, in: <http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/on-line-Publikation/Zilian.pdf> (15.11.2003).